

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50

Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 20. Februar 2020

Blankes Entsetzen über Bluttat in Hanau

„Ein Ruck muss jetzt durch das Land gehen!“

Landesausländerbeirat fordert deutlich mehr Programme gegen Rechtsextremismus und für Demokratievermittlung

Tief bestürzt hat der Landesausländerbeirat auf die widerwärtige Bluttat in Hanau reagiert. „Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind in diesen Stunden bei den Angehörigen der Opfer. Den Verletzten gelten unsere aufrichtigen Wünsche für eine schnelle und vollständige Genesung!“, sagte Vorsitzender Gülegen heute in Wiesbaden.

Fassungslos zeigte sich Gülegen ob der möglichen Hintergründe der Tat. „Sollte sich der Verdacht eines rechtsradikalen und rassistischen Motivs des Täters bestätigen, stehen wir auch in Hessen vor einer unerträglichen Zeitenwende. Die Saat, die durch braunes Gedankengut zunehmend auch in den Parlamenten gestreut ist, geht auf. Unschuldige Menschen werden zu Opfern von menschenverachtender Gewalt, die ihren Ursprung in brauner Ideologie und Hetze hat.“

Gülegen: „Seit Jahren zunehmender gewalttätiger Antisemitismus und Rassismus, politisch motivierte Morde des NSU, die Ermordung Dr. Walter Lübckes und jetzt die Tat in Hanau zeigen deutlich, dass die Grenzen längst überschritten sind. Das ist weder politisch noch gesellschaftlich hinnehmbar! Vor allem aber: Solange wir eine Diskriminierungskultur, die in unserem Land zur Alltagsrealität der Migranten geworden ist, dulden, nicht entschieden bekämpfen, solange wir den rassistischen Diskurs in unserer Gesellschaft hinnehmen, werden wir immer solche Gewaltausbrüche zu beklagen haben. Die Diskriminierung und Andersbehandlung von Menschen, die vermeintlich anders sind, ist die Legitimierung dieser Gewaltausbrüche. Die besten Programme bringen nichts, wenn wir diese nicht entschlossen bekämpfen. Denn Diskriminierung ist nichts anderes als eine andere Erscheinungsform des Rassismus, dem wir jetzt in Hanau begegnen.“

Gülegen forderte daher die Landesregierung auf, Versäumnisse der Vergangenheit offen auf den Prüfstand zu stellen und Konsequenzen zu ziehen. Gleichzeitig ermutigte er das Land Hessen und alle Demokrat*innen, sich dieser beängstigenden Entwicklung mit aller Kraft entgegenzustellen. „Wir erwarten jetzt klare Signale und ein entschlossenes Handeln gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir erwarten, dass Programme gegen Rechtsextremismus und Hetze jetzt nochmals deutlich ausgeweitet werden. Dazu gehört auch, Demokratievermittlung und -erziehung in den hessischen Schulen,

aber nicht nur dort, einen neuen Stellenwert zu geben. Ein Ruck muss jetzt durch das Land gehen!“